

17. Wahlperiode

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Stefan Evers (CDU)

vom 11. Juni 2013 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 13. Juni 2013) und **Antwort**

Konzeptverfahren ehemalige Polizeiwache in Lichtenberg

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

1. Wann wird das Vergabeverfahren beginnen und aufgrund welcher Kriterien wird es als Konzeptverfahren zu qualifizieren sein?

Zu 1.: Es ist geplant, das Verfahren im September 2013 zu starten. Zunächst wird es ein europaweites Interessenbekundungsverfahren geben. Daran anschließend wird ein Verhandlungsverfahren durchgeführt werden. Die Festlegung der Konzeptverfahrenvergabekriterien soll in enger Abstimmung mit dem Bezirk erfolgen. Sie werden insbesondere die stadtentwicklungspolitischen Ziele des Stadtumbau- und Sanierungsgebietes Frankfurter Allee Nord zum Inhalt haben.

2. Wie lange wird das Vergabeverfahren voraussichtlich dauern?

Zu 2.: Eine genaue Verfahrensdauer lässt sich angesichts der in der Menge noch fehlenden Erfahrung mit Konzeptverfahren derzeit nicht prognostizieren.

3. Gibt es innerhalb des Konzeptverfahrens die Möglichkeit konzeptionelle Punkte durch finanzielle Ausgleichszahlungen abzugelten?

Zu 3.: Für das Verfahren wird eine Bewertungsmatrix erstellt, in der die Kaufpreishöhe eine Gewichtung erhalten wird. Es ist nicht vorgesehen, konzeptionelle Punkte durch finanzielle Ausgleichszahlungen abzugelten. Für die Auswahlentscheidung wird insbesondere das eingereichte Nutzungskonzept maßgeblich sein.

4. Wenn ja, gibt es eine Möglichkeit, alle Konzeptpunkte durch ein finanzielles Gebot zu überbieten?

Zu 4.: Vgl. Antwort zu 3..

5. Ist die Einbindung von Anwohnerinnen und Anwohnern sowie stadtgeseftlichen Interessengruppen bei der Festlegung der Vergabekriterien vorgesehen?

Zu 5.: Vgl. Antwort zu 1..

6. Werden langfristige Zusagen im Bereich sozial verträglicher Mieten als Vergabekriterium berücksichtigt?

Zu 6.: Vgl. Antwort zu 1..

Berlin, den 04. Juli 2013

In Vertretung

Klaus Feiler
Senatsverwaltung für Finanzen

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 18. Jul. 2013)